9.2.2013 - tagesschau.de

Kein Wille zur Aufklärung?

Kritik nach Stopp der Forschung zu Missbrauch

Nach dem Stopp des Forschungsprojektes zur Aufklärung der Missbrauchsfälle sieht sich die katholische Kirche mit scharfer Kritik konfrontiert. Die Reformbewegung "Wir sind Kirche" sprach von einem "katastrophalen Zeichen". Die Amtskirche wolle sich "nicht mehr in die Karten gucken lassen", sagte "Wir sind Kirche"-Chef Christian Weisner. Das zeige, dass trotz begrüßenswerter Einzelmaßnahmen der Bischöfe zur Prävention sehr zu zweifeln sei "am grundlegenden Willen zur Aufarbeitung der Ursachen, die zur sexualisierten Gewalt innerhalb der katholischen Kirche führen".

"Jeden Anschein eines Gefälligkeitsgutachten vermeiden"

Weisner prognostizierte, dass das Vorgehen der Kirche zu einem "neuen Eklat" und einer "neuen Austrittswelle" führen werde. Eine grundsätzliche wissenschaftliche Aufarbeitung müsse "ohne Zensur seitens der Bischöfe" veröffentlicht werden. Angesichts der vielen Fehlleistungen gerade innerhalb der kirchlichen Hierarchie müssten die Bischöfe jeden Anschein vermeiden, dass sie nur ein Gefälligkeitsgutachten haben wollten.

Auch mehrere Opferverbände kritisierten die Entscheidung. Die Betroffenengruppe "Eckiger Tisch" erklärte: "Selbstaufklärung kann nicht funktionieren, dazu braucht es eine unabhängige Instanz." Auch drei Jahre nach den ersten Veröffentlichungen sei das Ausmaß der Missbrauchsfälle unklar. "Die Kirche ist noch nicht so weit sich zu öffnen", teilte das Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt (netzwerkB) auf seiner Internetseite mit. In den Bekanntmachungen des Forschungsprojekts von Mitte 2011 sei aus heutiger Sicht nicht mehr als "eine große Aktion für die Presse" zu sehen.

Bischof Ackermann: Absprachen wurden uminterpretiert

Auslöser der jüngsten Debatte war die Kündigung eines Vertrags mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Die Deutsche Bischofskonferenz hatte das Institut des Kriminologen Christian Pfeiffer 2011 mit der wissenschaftlichen Untersuchung des Missbrauchsskandals beauftragt.

Als Grund für die Kündigung nannte der Missbrauchsbeauftragte der Kirche, der Trierer Bischof Stephan Ackermann, mangelndes Vertrauen in Pfeiffer. Der KFN-Leiter habe "zwischendurch immer wieder Absprachen, die wir getroffen hatten, uminterpretiert", sagte Ackermann im Deutschlandfunk. Es habe die Sensibilität für ein solches Vorhaben gefehlt. So hätten die Bischöfe immer wieder Angst haben müssen, dass Pfeiffer Daten zu früh veröffentliche.

Pfeiffer: Wunsch nach mehr Kontrolle aus München und Regensburg

Pfeiffer warf der Kirche vor, die Veröffentlichungen zensieren zu wollen. Dies sei vor allem auf Druck der Diözese München und Freising sowie Regensburg geschehen. Die ersten Monate der Zusammenarbeit seien "vorzüglich" gelaufen, sagte Pfeiffer in der Tagesschau. Die Forscher seien von Bischof Ackermann engagiert unterstützt worden. Doch dann sei plötzlich deutlich geworden, dass Ackermann sich den "Wünschen nach mehr Kontrolle" aus München und Regensburg anschließen musste. Im Morgenmagazin von ARD und ZDF sagte Pfeiffer, einige in der Kirche hätten offenkundig nicht gewollt, dass Missbrauchsfälle aufgeklärt werden,

weil sie eine Beschädigung der Kirche fürchteten.

Ein Sprecher des Erzbistums München und Freising wies die Vorwürfe zurück. Von "Zensurwünschen" der Erzdiözese könne keine Rede sein.

Keine Antwort auf Frage nach Aktenvernichtung

Pfeiffer erwähnte auch Gerüchte, wonach in einzelnen Diözesen Akten zu Missbrauchsfällen vernichtet worden seien. Er habe in einem Brief an alle Bischöfe nachgefragt, ob an diesen Gerüchten etwas dran sei. Darauf habe er aber nur die Antwort erhalten, "dass alleine diese Anfrage das Vertrauen nachhaltig zerstört" habe.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verlangte Aufklärung vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch. "Der Vorwurf, Zensur und Kontrollwünsche behinderten eine unabhängige Aufarbeitung, sollte durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz schnell aus der Welt geschafft werden", sagte Leutheusser-Schnarrenberger der "Süddeutschen Zeitung".

Zugleich forderte die Ministerin die Kirche zur fundierten Aufarbeitung des Missbrauchsskandals auf: "Es ist ein notwendiger und überfälliger Schritt, dass sich die katholische Kirche öffnet und erstmals kirchenfremden Fachleuten Zugang zu den Kirchenarchiven ermöglicht", betonte sie und fügte hinzu: "Die dramatischen Erschütterungen des Jahres 2010 dürfen nicht in einer halbherzigen Aufarbeitung versickern." Was sollte die KFN-Studie untersuchen? Nach dem Missbrauchsskandal, der 2010 bekannt wurde, hatte die katholische Kirche eine umfassende Aufarbeitung der Vorgänge angekündigt. Ein wichtiger Baustein sollte das 2011 vorgestellte Forschungsprojekt mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) sein. Zu den Zielen zählte es, Täterprofile und Rahmenbedingungen aufzuklären, Erkenntnisse über das Verhalten der Kirche zu gewinnen und in letzter Konsequenz die Prävention zu verbessern.

Für die Studie sollten in neun ausgewählten Bistümern alle relevanten Unterlagen von 1945 bis 2010, in den anderen 18 Bistümern die Akten von 2000 bis 2010 ausgewertet werden. Insgesamt läuft das allein auf mehr als 100.000 Personalakten hinaus.

Bei der Erhebung der Daten sollten die Wissenschaftler aus daten- und personenschutzrechtlichen Gründen keinen direkter Einblick in Personalakten bekommen. Die Daten sollten vielmehr von kirchlichen Archivmitarbeitern und geschulten Juristen - etwa ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten - erhoben und dann dem KFN zur Auswertung übermittelt werden. Das KFN wollte auch Opfer wie Täter befragen - ähnlich wie bei einer anderen Studie, bei der es um Missbrauchsopfer in Deutschland generell ging.

http://www.tagesschau.de/inland/kirche-missbrauchsskandal102.html
Zuletzt geändert am 09.01.2013